



2. Ausgabe
Ostern 2010

Gewalt gegen Polizeibeamte Keine Fiktion, sondern traurige Realität

Vier in Ausübung ihres Dienstes verletzte Kolleginnen und Kollegen am vorletzten Wochenende sind die traurige Bilanz. In Rosenheim und in Traunstein setzte sich eine Entwicklung fort, die sehr besorgniserregend ist.

Vor nicht einmal 14 Tagen, unmittelbar vor diesen jüngsten Angriffen auf unsere Kolleginnen und Kollegen, gingen wir auf die Straße.

In Rosenheim und in Traunstein sammelte die GdP-Bezirksgruppe Oberbayern Süd Unterschriften für eine neue Bestimmung im Strafgesetzbuch, welche einen tätlichen Angriff auf Polizeibeamte unter härtere Strafe stellen soll.

Der Respekt vor der Uniform ist bei vielen Menschen nicht mehr vorhanden. Unsere Kolleginnen und Kollegen sind zunehmend Angriffen aggressiver und hochgradig alkoholisierter Personen ausgesetzt. Sie werden beleidigt, bedroht und immer öfter ohne nennenswerten Grund angegriffen.

Es zeigt sich ein unverkennbarer Trend, den wir, die GdP, nicht länger hinnehmen wollen. Wir fordern einen besseren Schutz und appellieren an die Fürsorgepflicht unseres Dienstherrn.

Anlässlich der Unterschriftenaktion war die Reaktion aus der Bevölkerung sehr positiv. Neben einem großen Verständnis für unsere geschilderten Probleme wurde mit Besorgnis der mangelnde Respekt vor der Polizei immer wieder thematisiert.

Es ist an der Zeit, dass die politisch Verantwortlichen endlich reagieren.

Schönwetterreden helfen uns nicht.

Werner Weiß

Werner Weiß
BG-Vorsitzender

**Wir wünschen Euch
Frohe Ostern!**



Prügelknaben der Nation – keine Gewalt gegen Polizei !!!

von Birgit Ligotzky, Landesjugendvorsitzende der GdP

Beispiel:

„Bitte kommen Sie, mein Bruder möchte nicht das Haus verlassen“

... lautete es in der Nacht um 23.00 Uhr. Nachdem die Tür geöffnet wurde, sah man sich dem Bruder gegenüber, in der erhobenen Hand ein Messer mit 20cm Klingenslänge, der versuchte auf die Beamten einzustechen.

Im Reflex wurde der Angriff abgewehrt, wobei das Messer nur um Millimeter am Gesicht des Kollegen vorbeisauste...

Nächster Fall:

„Bitte kommen sie schnell, da streiten sich mehrere Leute...“

... angekommen, stieg der Kollege aus und fragte „Was is´n hier...“ weiter kam er nicht und hatte eine Faust im Gesicht. Leider verlor er hierdurch die vorderen Zähne und musste einen langwierigen Heilungsprozess durchstehen...

So sieht inzwischen der Alltag eines Polizisten aus. Selbst zunächst harmlos erscheinende Situationen eskalieren immer öfter, wobei es den Anschein hat, dass es dem Gegenüber auch noch Spaß macht, auf Polizisten einzuschlagen oder gar einzutreten. Immer mehr Jugendliche oder Gangs sehen es als Freizeitbeschäftigung an und finden es „lustig“ sich zu prügeln oder damit zu brüsten, auf einen Polizisten eingeschlagen zu haben. Hierzu findet inzwischen ein regelrechter „Prügel-Tourismus“ statt, indem gezielt z. B. mit der Bahn zu Veranstaltungen oder Brennpunkten angefahren wird.

Was ist die Konsequenz?

„Bitte kommen Sie, hier wollen ein paar Russen nicht das Lokal verlassen“

Anstandslos gingen die Beteiligten aus dem Lokal, doch kaum hatte sich der Kollege umgedreht, sprang ihn der Täter von hinten an, brachte ihn zu Boden und schlug ihn mit den Fäusten bewusstlos...

Erst nach über einem halben Jahr kam es zum Prozess und was gab es da? Ein paar Monate Freiheitsstrafe auf Bewährung. Wow, sagt sich der Täter, in Deutschland kann ich Bullen schlagen und krieg nicht mal eine Strafe – cool.

Das spricht sich herum und immer mehr lassen sich davon anstacheln, dass ihnen „eh nichts passiert“. Entweder wird der Widerstand eingestellt, weil es andere „schwerwiegendere“ Straftaten nebenher gibt, oder es gibt ein paar Monate auf Bewährung, was den geneigten Schläger wenig kratzt.

„Gewalt gegen Polizei“ unter diesem Motto fanden daher in ganz Bayern Aktionen statt, bei denen die

Bürger aufgerufen wurden, an Info-Ständen mit zu unterschreiben. So auch in Rosenheim in der Fußgängerzone, wo in zwei Stunden über 500 Unterschriften gesammelt wurden.



Werner Weiß, Wolfgang Ligotzky und Angelika Ramjoue am Informationsstand in Rosenheim

Eigens aus den umliegenden Städten kamen Bürgerinnen und Bürger angereist, nur um sich in die Liste einzutragen. Das stimmt uns positiv, gibt es doch noch einen Großteil der Bevölkerung, der hinter der Polizei steht.

Wir wollen nicht besser gestellt sein, als der Bürger, wenn es zu einer Körperverletzung kommt. Aber wir wollen einen größeren Schutz haben, wenn wir den Bürger als Exekutive schützen sollen.

Bislang begeht das Gegenüber „nichts“, wenn es einfach aus heiterem Himmel einen Angriff startet. Nur wenn wir eine Maßnahme durchsetzen wollen und sich dann gewehrt wird, ist faktisch der §113 StGB „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“ erfüllt. Der von der GdP geforderte §115 StGB soll auch solche tätlichen Angriffe unter Strafe stellen, wenn keine Vollstreckungshandlung vorausgeht.

Dies wäre nicht der erste Paragraf, wo bestimmte Personengruppen besonderen strafrechtlichen Schutz genießen, wie z.B. der §316a – räuberischer Angriff auf einen Kraftfahrer.

Auch die Fürsorgepflicht des Dienstherrn ist hier gefragt. Wie oft müssen Kolleginnen und Kollegen um ihr Recht kämpfen, weil der Dienstherr die Anerkennung als Dienstunfall verweigert.

Es könnte ja teuer werden – danke für diesen Rückhalt und Unterstützung.

Nach einem Messerangriff, wurde einem Kollegen tatsächlich eine neue Lederjacke verweigert. Er sollte sie sich aus eigenen Mitteln wiederbeschaffen. Auch Rechtsschutz oder Einforderung von berechtigten Forderungen wie Schmerzensgeld muss der Kollege mit eigenen Mitteln bestreiten. Er genießt nur in der Gewerkschaft eine Absicherung, die dann die Kosten für einen Anwalt übernimmt. Wo bleibt hier die Fürsorgepflicht?

Immer öfter müssen wir unseren Kopf hinhalten und sogar bei Amokläufen unser Leben riskieren, um andere Leben zu retten bzw. zu schützen. Immer öfter werden wir Opfer von Gewalt, wobei die Übergriffe immer heftiger und die Folgen zum Teil drastisch sind. Hinzu kommt die mangelnde Rückendeckung des Dienstherrn. Wir fragen uns, welchen Stellenwert genießt der Schutz unserer Kolleginnen und Kollegen überhaupt noch?

Mit der Mentalität, „ach das ist ja alles so weit weg, uns trifft das eh nicht“, hat selbst der Bürger zum Teil noch nicht mitbekommen, dass es hier um seine Sicherheit geht. Schon fast „belustigend“ trifft hier die Situation zu, als ein Abgeordneter zur Dienststelle kommt und Strafanzeige erstattet. „Ja, nehmen sie den jetzt nicht fest?



Informationsstand der GdP am 12.03.2010 in Traunstein

„Keine Gewalt gegen die Polizei!“

Zu diesem Thema informierten heute Walter Ponath, Gewerkschaft der Polizei, Kreisgruppe Traunstein, und Michael Ertl, Bezirksgruppe Oberbayern Süd, an einem Informationsstand in Traunstein am Maxplatz.

Die Gewerkschaftsfunktionäre baten die Bevölkerung durch eine Unterschriftenaktion, das Vorhaben der Gewerkschaft zur Einführung eines neuen Strafrechtsparagrafen zu unterstützen.

Diese neue Strafrechtsnorm soll der deutlich angestiegenen Gewalt gegenüber Polizeibeamten und auch anderen Amtsträgern entgegenwirken.

So erhöhte sich die Anzahl der Fälle von Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte von 2774 Fällen (2000) auf 3715 Fälle (2008). In der letzten Zeit geben auch regional schwerwiegende Fälle Anlass zur Sorge.

Innerhalb von zwei Stunden wurde eine große Anzahl von Unterschriften gesammelt und dadurch auch die Sympathie der Bürger mit ihrer Polizei zum Ausdruck gebracht.

Darf der weiterhin frei herumlaufen?“ „Ja so ist es. Der Gesetzgeber hat die Vorschriften und die Hürden geschaffen. Es heißt jetzt abwarten, wie der Staatsanwalt entscheidet.“

Immer öfter gibt es Örtlichkeiten, an denen die Kolleginnen und Kollegen nur mit unguuten Gefühlen Streife fahren, weil sich dort ein nahezu rechtsfreier Raum eröffnet. Durch den Personalabbau müssen immer weniger Kollegen ein Mehr an Arbeit leisten, Prävention findet in der Regel nur noch am Papier statt, aber nicht mehr vor Ort.

Was muss noch alles passieren, damit die politisch Verantwortlichen aufhören, sich alles schön zu reden und endlich verkünden: „Jetzt reicht es, ohne eine starke Polizei verliert der Bürger das Vertrauen in den Staat.“ Keiner von uns will einen Freibrief, aber wir wünschen uns einfach mehr Rückendeckung, mehr Unterstützung und vor allem mehr Respekt.

Es ist an der Zeit, dass die politisch Verantwortlichen endlich handeln. Wir fordern deshalb gesetzliche Grundlagen für einen besseren Schutz unserer Kolleginnen und Kollegen, die 24 Stunden am Tag und an 365 Tagen im Jahr ihre Gesundheit für die Innere Sicherheit in Bayern riskieren.



Auch PI Leiter Thomas Kirchleitner und Einstellungsberater Roland Sturm kamen zum Infostand. Rechts Michael Ertl und MdL Klaus Steiner

Klaus Steiner, MdL, und Siegfried Walch, Vorsitzender der Jungen Union in Traunstein, unterstützten durch ihre Unterschrift diese Aktion.

Bericht zum GdP/BDK Schafkopfturnier am Donnerstag 11.03. 2010 um 19.00 Uhr im Gasthaus Müllerbräu in Burghausen:

Trotz Eis und Schnee konnten die Veranstalter Horst Hauf und Michael Ertl 100 schafkopfbegeisterte Kolleginnen und Kollegen sowie Mitarbeiter von Behörden beim „2. Franz Eggerl Gedächtnisturnier“ im Gasthaus Müllerbräu in Burghausen herzlich begrüßen.

Der Polizeischafkopf unter der Schirmherrschaft von Herrn 1. Bürgermeister Hans Steindl war zünftig. 25 Partien kämpften um die Punkte und die insgesamt 30 hochwertigen Preise. Dabei wurden auch einige Touts gespielt und gewonnen aber auch verloren.

Sieger und Gewinner des Hauptpreises, ein Fahrrad im Wert von 350 Euro war Kollege Otto Peisker von der PIF Traunstein mit 155 Punkten. Zweiter und Gewinner eines Geldpreises in Höhe von 100 Euro wurde Rüdiger Schneider mit 129 Punkten. Den dritten Preis in Höhe von 75 Euro gewann Bernhard Kaes mit 129 Punkten.

Ein herzliches Dankeschön neben allen Spendern gebührt auch den fleißigen Helferinnen Johanna Pries und Bärbel Reintjes.

Wir würden uns freuen, Euch nächstes Jahr wieder zum „3. Franz Eggerl Gedächtnisturnier“ in Burghausen begrüßen zu dürfen.



Horst Hauf und Michael Ertl mit den Siegern

Sitzung der BG Oberbayern Süd am 17.03.10 in Wilparting



Die auf unserem Bild ersichtlichen Teilnehmer trafen sich in Wilparting bei Irschenberg zu einer turnusmäßigen Sitzung des BG-Vorstandes. Der Vorsitzende Werner Weiß begrüßte die Teilnehmer und stieg daraufhin in die umfangreiche Tagesordnung ein.

Nach einem Bericht über die Dienstrechtsreform, die sich derzeit in der Beratung im Bayer. Landtag befindet, schloss sich eine damit verbundene Diskussion über die Erhöhung der Lebensarbeitszeit ab dem Geburtsjahrgang 1952 an. Zur Erinnerung sei hier die GdP-Forderung nach der Faktorisierung der Schichtzeiten, sowie alternativ dazu 40 Jahre Dienstzeit erwähnt, die ein abschlagsfreies Ausscheiden mit dem 60. Lebensjahr ermöglichen soll. Die Politik sei derzeit aber lediglich bereit, dies nach 20 Jahren Wechselschichtdienst bzw. „ähnlich belastender Dienstverrichtung“ (wie auch immer das noch definiert wird) zu ermöglichen.

Daraufhin gab er einen Abriss über die erfolgreichen Aktionen in Bezug auf Gewalt gegen Polizeibeamte und die Forderung auf die Einführung des § 115 StGB.

Hierbei wurden Pressekonferenzen und Info-Stände in verschiedenen Städten des Dienstbereiches durchgeführt, die auf ein reges Medieninteresse sowie ein durchweg positives Interesse und breite Unterstützung in der Bevölkerung stießen.

Die Erhöhung des DUZ, die unser Innenminister ja für das Jahr 2010 angekündigt hat, war ebenfalls Thema. Die Politik hat dies im Innenausschuss begrüßt und befürwortet, jedoch im Haushaltsausschuss abgelehnt. Diese Spielchen kennen wir ja zur Genüge, wir werden hier jedoch nicht locker lassen.

Großen Raum nahm auch die Diskussion über die derzeitige Personalsituation im hiesigen Bereich ein. Sollten wir bei dem Zuteilungstermin im September wieder nur in minimalem Maße berücksichtigt werden, haben wir im Ministerium schon erheblichen Widerstand angekündigt. Sollten die, die am lautesten Schreien wieder bevorzugt behandelt werden, dürft Ihr sicher sein, dass wir nicht nur Schreien können, sondern „BRÜLLEN“ werden. Irgendwann ist Schluss mit Lustig, da wir immer mehr ausbluten und jetzt die verfehlte Stoibersche Spar- und Einstellungspolitik auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen ausgetragen wird.

Der Vollständigkeit sei erwähnt, dass die BG Oberbayern Süd mehrere zweitägige GdP-Grundseminare Ende September/Anfang Oktober anbieten wird. Wir suchen interessierte Kolleginnen und Kollegen von allen Dienststellen im Bereich des PP Oberbayern Süd, die diese Seminare besuchen wollen. Interessenten bitte bei uns telefonisch melden (7250-1456). Die genauen Termine werden dann noch zeitgerecht bekannt gegeben.

Wolfgang Ligotzky
stv. BG Vorsitzender